



II-4424 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit, Sport
und Konsumentenschutz
HARALD ETTL

1031 Wien, Radetzkystr. 2
Tel. (0222) 711 58,0

GZ 114.140/50-I/D/14/a/91

9. Jänner 1992

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

1901 IAB
1992-01-10
zu 1901 I

Die Abgeordneten zum Nationalrat Srb und FreundInnen haben am 12. November 1991 unter der Nr. 1901/J an mich beiliegende schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausplünderung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zwecks Budgetkonsolidierung auf dem Rücken von kranken und behinderten Menschen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Der in der Präambel der Anfrage erwähnte Brief ist mir bekannt.

Zu den Fragen 2 bis 6 und 9:

Der Wahrung des Standards der Sozialen Sicherheit und dem bereits im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung festgelegten Ziel der Verstärkung der Maßnahmen der sozialen Rehabilitation von behinderte Menschen messe ich besondere Priorität bei. Ich begrüße daher alle Aktivitäten, die die Integration von Behinderten in die Gesellschaft fördern sowie die Lebensqualität von Behinderten verbessern. Dazu zählen sicherlich sowohl Rehabilitationsmaßnahmen - diese sind nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Behindertenbetreuung, sondern ein integrierender Bestandteil jeglicher Krankenbehandlung - als auch der Behindertensport.

-2-

Der Österreichische Behindertensportverband erhält seit dem Jahre 1990 S 5,000.000,-- aus Mitteln der Bundessportförderung.

Im Jahr 1990 wurde die Förderung von S 270.000,-- auf S 5,000.000,-- unter der Annahme erhöht, daß die AUVA ihre Beiträge nicht vermindert. Ich gehe davon aus, daß dies auch in Zukunft so sein wird.

Im übrigen verweise ich zu diesen Fragen auf die diesbezüglichen Ausführungen des für Angelegenheiten der Sozialversicherung zuständigen Bundesministers für Arbeit und Soziales in der Beantwortung der an ihn gerichteten Anfrage Nr. 1899/J.

Zu den Fragen 7 und 8:

Ein gut funktionierendes Sozialversicherungssystem ist für mich unerläßliche Voraussetzung für einen funktionierenden sozialen Wohlfahrtsstaat. Es bringt das Ausmaß an Solidarität zum Ausdruck, zu der die Gesellschaft bereit ist. Integrierender Bestandteil eines solchen sozialen Wohlfahrtsstaates hat eine funktionierende Gesundheitsversorgung zu sein. Gemeinsames Ziel ist ein ständiger qualitativer Ausbau des Sozialsystems und des Gesundheitswesens. Eine "Amerikanisierung" des Gesundheitswesens in Österreich ist daher aus diesen Gründen auszuschließen.

BEILAGE

ANFRAGE

des Abgeordneten Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend Ausplünderung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zwecks Budgetkonsolidierung auf dem Rücken von kranken und behinderten Menschen

In einem Offenen Brief sah sich der Vorstand der AUVA gezwungen, einen verzweifelten Hilfeschrei an die Öffentlichkeit zu richten. Grund für diese ungewöhnliche Maßnahme, die ein bezeichnendes Licht auf die Situation unseres Gesundheits- und Sozialsystems wirft, ist die Tatsache, daß auch im kommenden Jahr wieder Geldmittel in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling aus dem Budget der AUVA abgezweigt und auf Umwegen dem chronisch defizitären Bundeshaushalt zugeführt werden sollen. Zusätzlich noch wurde die AUVA von der Koalition dazu verurteilt, weitere 1,5 Milliarden in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungen einzuzahlen, um den Bundeszuschuß zu diesem Fonds noch weiter zu verringern.

Die systematische Ausplünderung dieser Sozialversicherungsanstalt hat leider bereits Tradition: Allein seit dem Jahr 1986 hat die AUVA gesetzlich gedeckte Ausplünderungen in der Höhe von 2,4 Mrd Schilling sowie eine Beitragssenkung zugunsten der Pensionsversicherung im Ausmaß von rund 2,1 Mrd. Schilling über sich ergehen lassen müssen.

Durch diese und noch andere Maßnahmen werden die finanziellen Mittel der Anstalt drastisch reduziert. Nach Angaben der AUVA bedingt die geplante weitere Ausplünderung einschneidende Einschränkungen bei allen Aktivitäten und Leistungen. Dies würde unter anderem den geplanten Ausbau der Arbeitsmedizin sowie die notwendigen Maßnahmen zur Unfallverhütung und der Bekämpfung von Berufskrankheiten gefährden bzw. unmöglich machen. Weiters sind dadurch die so wichtigen Förderungen des Behindertensportes gefährdet, die Forschung in den Bereichen Unfallheilbehandlung, medizinische Rehabilitation und Arbeitssicherheit müßte reduziert werden und schließlich zeichnen sich Betriebseinschränkungen der anstaltseigenen Unfallkrankenhäuser und Rehabilitationszentren ab.

Vom notwendigen Ausbau der vorhandenen Einrichtungen für jene Menschen, die einen sogenannten Freizeitunfall erleiden, kann angesichts der Absichten dieser Koalitionsregierung nun keine Rede mehr sein. Die dringend einer Sanierung bedürftige Situation der Ungleichbehandlung von Arbeits- und Freizeitunfällen im Bereich der Geldleistungen wird damit auf den St. Nimmerleinstag aufgeschoben. Durch die geplanten Maßnahmen wird ein System der generellen Unterversorgung zu Lasten von Unfallopfern geplant und damit die Weichen für eine Amerikanisierung des österreichischen Gesundheitswesens gestellt.

Mehrmalige Hinweise auf die dramatische Entwicklung an die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Finanzen sind ohne Folgen geblieben.

Daher richten die unterfertigten Abgeordneten, an Sie, Herr Bundesminister, folgende

A N F R A G E

- 1) Ist Ihnen der oben zitierte Offene Brief bekannt?
- 2) Teilen Sie die Meinung bzw. die Einschätzung des Obmannes sowie des Generaldirektors?
Wenn nein, was sind die Gründe dafür?
- 3) Sind Sie bereit, alles zu unternehmen, daß es zu einer Rücknahme der geplanten Maßnahmen kommt?
Wenn nein, was sind die Gründe dafür?
- 4) Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß es in weiterer Zukunft zu keinen Maßnahmen mehr kommt, welche eine Einschränkung der notwendigen Leistungen der AUVA zur Folge hätten?
Wenn nein, was sind die Gründe dafür?
- 5) Was werden Sie dagegen unternehmen, damit es nicht zu Einschränkungen im Bereich des Behindertensportes kommen wird?
- 6) Für viele Patienten stellen umfassende Angebote sowie das qualifizierte Personal in den Rehabilitationszentren der AUVA oft die einzige Möglichkeit dar, notwendige Rehabilitationsmaßnahmen zu erlangen. Durch die geplante neuerliche Ausplünderung der AUVA besteht die reale Gefahr, daß dieser Personenkreis in Zukunft nicht mehr den Zugang zu diesen für sie wichtigen Rehabilitationsmaßnahmen erhält, weil ihre jeweiligen Kostenträger nunmehr die vollen Pflegegebührensätze bezahlen müssen.
Was werden Sie dagegen unternehmen, damit es nicht zu dieser Situation kommen wird?
- 7) Welche Schritte werden Sie setzen, damit es nicht zu der von vielen Fachleuten befürchteten Amerikanisierung des österreichischen Gesundheitswesens kommt?
- 8) Welchen Stellenwert hat für Sie ein gut funktionierendes Sozialversicherungssystem?
- 9) Ist Ihnen bekannt, daß die AUVA im Rahmen eines Sanierungsprogrammes zu drastischen Einsparungen bzw. Kürzungen bei den Ausgaben für Spitalsausrüstungen, Rehabilitationseinrichtungen sowie für die Prophylaxe gezwungen wird? Wenn ja: wie können Sie diese Schlechterstellungen für Patienten verantworten?